

Forum Soziale Demokratie

Björn Böhning

Deckmantel oder Kompass?

Der Autor fordert Leitbilder, die dem täglichen Handeln einen tieferen Sinnzusammenhang geben können. Von einer modernen Kapitalismus-Kritik geleitet, müsse das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit wiederhergestellt werden. Die »laufende Zielperspektive« des demokratischen Sozialismus dürfe nicht für den Begriff der »sozialen Demokratie« aufgegeben werden, der nur einen »bestimmten Wohlfahrtstypus« darstelle.

Nicht wenige behaupten, in unserer schnelllebigen Zeit wären verbindliche Grundsätze nur noch schwer zu ermitteln, ja sie sollten sogar kurzfristigen, flexiblen programmatischen (Wahl-)Angeboten weichen. Andere meinen, wir lebten in entideologisierten Zeiten, die es nötig machten, Politik auf den schnellen Pragmatismus zu reduzieren, und in denen sich die Politiker lediglich im Reich der medialen Kommunikation zu behaupten hätten. Für eine Partei wie die SPD wären sie schlechte Ratgeber. Denn sie lebt viel mehr noch als andere Parteien von einer mentalen und werbebelasteten Mobilisierungsressource. Die Mitglieder wollen und müssen nämlich wissen, für welche Ziele sie sich eigentlich einsetzen. Dies ist und bleibt ein zentrales Moment der Identifikation mit der Partei.

Die SPD braucht Orientierung und eine gemeinsame Identität, die vor allem in Krisenzeiten für ihre Stabilität sorgt. Dabei können Leitbilder eine wertvolle Hilfe sein. Sie vermitteln Visionen, machen die

Werte der Partei transparent und geben Handlungsaufforderungen. Ferner bilden sie die Grundlage für Strategien, Vorgehensweisen, Umsetzungsmaßnahmen und sind nicht zuletzt ein Führungsinstrument. Leitbilder können Kompass sein.

Leitbilder strukturieren Handeln und geben dem täglichen Handeln einen tieferen Sinnzusammenhang. Dies ist vor allem für Tendenzbetriebe, also auch für Parteien, notwendig. Deshalb wäre eine »Säkularisierung« der SPD keine sinnvolle Intervention für eine Partei, die gesellschaftliche und ökonomische Veränderungen anstrebt und dafür auch bereit ist zu kämpfen. Außer natürlich, diese Veränderungen selbst werden als unerreichbares oder politisch nicht anzustrebendes Ziel angesehen. Genau dieses steht mit dem »Bremer Entwurf« auf dem Spiel.

Die Triebfeder der Sozialdemokratie ist und bleibt die Nicht-Akzeptanz bestehender Strukturen. Also, dass die Welt anders werden *kann*, wie man umgangssprachlich formulieren würde. Der Gestaltungs-

wille sollte sich aber nicht aus einer fundamentalen, sondern aus einer modernen Kapitalismuskritik speisen. So war es im *Godesberger Programm* (sozial regulierte Marktwirtschaft statt Kapitalismus pur), so war es im *Berliner Programm* (sozial-ökologische, demokratische Marktwirtschaft statt Thatcher-Marktradikalismus), und so sollte es auch künftig im *Hamburger Programm* sein.

Die Frage gesellschaftlicher Veränderungen

Aus diesem Grunde wird eine Strategie der passiven Akzeptanz, des puren Anpassens an wirtschaftliche und soziale Entwicklungen der Partei nicht aus ihrer Krise helfen. Damit würde man sie ihres inneren Sinngehalts berauben, ohne eine neue sozialdemokratische Erzählung anzubieten. Ich mache dies an einem Thema fest, das für viele Außenstehende als höchst traditionell und vielleicht vormodern angesehen wird. Es geht um die programmatische Rolle des demokratischen Sozialismus im Begriffswettstreit mit der sozialen Demokratie. Das ist aus meiner Sicht mehr als Wortklauberei. Denn es verbindet sich damit für die SPD die Frage, ob Veränderung, die Idee einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, möglich bleibt und ist:

Grob genommen ist die soziale Demokratie ein gesellschaftlicher Zustand, ein bestimmter Wohlfahrtstypus, eine Sozialstaatskonstellation. Sie ist ein Zustand der auch von anderen politischen Kräften der Gesellschaft erkämpft werden kann. Der demokratische Sozialismus im Gegensatz dazu ist eine laufende Zielperspektive, ein Zustand, der nie erreicht ist, sondern ständig zum Handeln antreibt. Genauso ist auch die Demokratie, bzw. die Demokratisierung der Gesellschaft, ein fortwährender, nie wirklich beendeter Handlungsauftrag. Und der demokratische Sozialismus hält die Idee wach, dass eine Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftssystem

möglich ist. Wer dies nicht erkennt, wird die Diskussionen innerhalb der SPD über diese Frage nicht verstehen können.

Dem »Bremer Entwurf« fehlt es an einer klaren sozialdemokratischen Zielperspektive, die sich aus den Grundwerten ableiten ließe. Übrigens eine Vision, die auch wehtun kann, weil man deutlich sagt, für wen die SPD Politik macht und wessen Interessen Sozialdemokraten vertreten, also an welcher Seite die linke Volkspartei steht. Da reicht es nicht, die »Widersprüche unserer Zeit« im »Bremer Entwurf« nur zu beschreiben, aber nicht aufzulösen. Und es fehlt an einer klaren Kritik an den Strukturen unserer globalen Wirtschaftsweise, an der zunehmenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaften bei gleichzeitig wachsender Kapitalmarkt- und Profit-*Performance*. Die SPD muss mehr als der Betriebsrat der Nation sein, sie muss den Mut haben, die Ökonomie und die Gesellschaft in einem vereinten Europa sozialdemokratisch zu gestalten. Dazu brauchen wir viel mehr Zuspitzungen und Klärungen im »Bremer Entwurf«, als dies bisher gelungen ist.

Dies sei an den beiden Kapiteln zur Eu-

ropa- und der Bildungspolitik fest gemacht: *Erstens*: Im Europa-Kapitel findet man an keiner Stelle eine klare Aussage darüber, welches Gebilde das sozialdemokratische Europa in der Zukunft darstellen soll. Europa soll vereint, ja vergrößert, und natürlich sozial sein. Aber was bedeutet dies wirklich? Die wichtigen Fragen, ob Europa ein Staatenbund oder ein föderalistischer Staat sein soll, und mit welchen Kompetenzen, auch steuerlichen, er ausgestattet sein soll, werden nicht beantwortet. Eine klare Leitlinie, wohin dieses wichtige Politikfeld aus sozialdemokratischer Sicht hinsteuern soll, fehlt. So wird die Begeisterung für das Projekt Europa, auch die Öffnung der Sozialdemokraten in und außerhalb der Partei für Europa nicht gelingen.

Zweitens: Im Bildungskapitel wird Bildung als die eigentliche soziale Frage thematisiert. Es überrascht allerdings, dass eine klare Aussage darüber fehlt, wie die soziale Herkunft nicht mehr länger zum Schicksal werden soll. Weder werden strukturelle Antworten (Gemeinschaftsschule, Ausbildung) gegeben, noch wird deutlich gemacht, dass die Verfestigung sozialer Ungleichheiten im deutschen Bildungssystem auch eine Verteilungsfrage ist. Emanzipation und Chancengleichheit sind in egalitären Gesellschaften gesichert. Je egalitärer eine Gesellschaft, desto größer die Chancengleichheit. Beides gehört also zusammen: Wer von Chancengleichheit spricht, darf über Verteilungsgerechtigkeit nicht schweigen. Mir scheint, der »Bremer Entwurf« möchte sich von dieser Idee verabschieden. Das könnte ja durchaus ein interessanter, auch provokanter Ansatz einer programmatischen Diskussion sein. Ein Streit, der sich lohnen würde! Die fehlenden Zuspitzungen werden aber die Grundsatzprogrammdebatte nicht beleben können.

Was ist zu tun, damit die Programmdebatte der Sozialdemokratie noch Leben eingehaucht werden kann? Will das

Grundsatzprogramm Kompass für politisches Handeln sein, müssen die Grundwerte, die programmatischen Grundsätze insgesamt, in der Partei und im Bewusstsein der Mitglieder verankert und kommuniziert sein. Dies gelingt vermutlich nicht durch eine neue Runde von Änderungsanträgen im Hinblick auf den Parteitag, sondern nur durch den Mut zur harten Kontroverse.

Mut zur Kapitalismus-Kritik

Beispielsweise muss die zerstörerische Kraft, die in einer finanzgetriebenen Globalisierung liegt, Anlass zur Sorge sein. Zwar bekennt sich der Programmentwurf zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Mut zur Kapitalismuskritik hieße aber gleichzeitig, auch die Frage zu beantworten, wie das Gleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit wiederhergestellt werden kann. Dies ist und bleibt eine Grundvoraussetzung für eine neue globale Soziale Marktwirtschaft.

Eine nachhaltige Wirtschaftskultur auf globaler Ebene beinhaltet eine andere, eine soziale Regulierung der Finanzmärkte und eine Demokratisierung der Wirtschaftsbeziehungen. Ohne eine Antwort auf die Entwicklung zum Turbokapitalismus wird sozialdemokratische Managerkritik schnell unglaubwürdig. Denn es sind kapitalistische Strukturen, die global vernetzte Unternehmen so handeln lassen, wie sie handeln: Nämlich zum Nachteil der Belegschaften und ihrer Rechte. Diese werden zunehmend zum Spielball international agierender Kapitalanleger, soziale Sicherheiten spielen eine stetig geringere Rolle. In dieser Situation allein auf die Befähigung der Menschen zu setzen, diesen Wettbewerb zu bestehen, ist zum Scheitern verurteilt. Hier müsste die SPD ansetzen und sich auf die Suche nach Antworten machen.

Björn Böhning (*1978)
ist seit Juni 2004 Bundesvorsitzender der Jusos.
bjoern.boehning@spd.de